

WIDER|SPRUCH

In: Widerspruch Nr. 35 ~~Nie~~ wieder Krieg (2000), S. 100-103

Autor: *Klaus Weber*

Rezension

Wolfgang Fritz Haug

Politisch richtig oder richtig politisch. Linke Politik im transnationalen High-Tech-Kapitalismus, Hamburg 1999 (Argument), 220 S., 34.80 DM.

Die rot-grüne Regierung läßt einen Angriffskrieg gegen die Republik Jugoslawien führen, der sozialdemokratische Finanzminister verkündet ein Sparpaket, das den ökonomisch Ausgegrenzten (Arbeitslose, SozialhilfeempfängerInnen etc.) weniger Mittel zur Verfügung stellen will, während Einkommens- und Vermögensmillionäre weniger Abgaben zahlen sollen. Gleichzeitig setzt sich sein Kanzler dafür ein, daß noch lebende Zwangsarbeiter aus der Nazizeit sich keinesfalls rechtlich von der BRD die ihnen zustehende „Entschädigung“ verlangen können.

Nur wenige Beispiele der herrschenden bundesrepublikanischen Normalität lassen die Fragen aufkommen, wie es zu erklären ist, daß nach Ablösung der Regierung Kohl eine von vielen erwartete politische Wende ausblieb, und welche Möglichkeiten des politischen Handelns dagegen möglich und sinnvoll sind. Der Zusammenhang geht beim Blick auf die einzelnen Skandale verloren; einerseits, weil derer so viele sind und man nicht weiß, wo anzufangen wäre mit einer Gegenwehr; andererseits, weil sie so inszeniert werden als seien sie wie Naturgewalten, als wären die Ziele und Anweisungen der politischen und ökonomischen Akteure eine hinzunehmende Normalität, der man sich zu stellen habe und die nicht aufzuhalten sei. – Parallel dazu ist eine Mischung von postmodernen und Intellektuellen einer „Zweiten Moderne“ dabei, die westlichen Gesellschaften ideologisch an die neoliberalen Erfordernisse anzupassen und die Notwendigkeit einer Gegenwehr umzu- deuten in traditionelles und antiquiertes Besitzstandsdenken. So ruft Anthony Giddens in einem Interview mit der gewerkschaftlichen „Mitbestim-

„guten Regierungen“: „Es geht nicht mehr um weniger Staat, sondern darum, das Regieren an die neuen Umstände eines globalen Zeitalters anzupassen“. Und er hofft, daß sich der deutsche Kanzler Schröder „mit seinem Modernisierungskurs durchsetzt“¹.

Gegen diese Form von Anpassung und für ein kritisches Durchdenken der „Umstände“ schreibt Haug in seinem neuen Buch an. Nach Brecht sind die richtigen Begriffe die Griffe, die uns befähigen sollen, die Welt zu ergreifen; sie stellen eine Möglichkeit dar, das uns zusammenhanglos Umgebende in den Griff zu kriegen und damit in den Verhältnissen denken, arbeiten und leben zu können. Ist Begriffsarbeit also die Tätigkeit, um uns die Wege, die wir beschreiten werden, mühsam selbst zu bereiten, dann kann Haugs Buch einiges Handwerkszeug dafür liefern. Man soll sich von dem etwas langweiligen Titel des Bandes nicht beirren lassen: Über political correctness oder gar über Anweisungen für eine „richtige“ linke Politik handelt er nicht. Ganz im Gegensatz zum farblosen Einband handelt das Buch davon, wie, von wem und mit welchen Mitteln die Welt denen enteignet wird, denen sie gehören soll: den darin lebenden und arbeitenden Menschen. Und so klug die Enteignung von Welt erklärt wird, so vorsichtig und nachdenklich versucht Haug Wege der Wieder-Aneignung von unten zu denken und zu finden. Dazu greift er aktuelle Tendenzen auf, durchdenkt sie experimentell und versucht sie in die Praxis zu wenden.

Im ersten Kapitel analysiert Haug dazu die realen Veränderungen im Übergang vom Fordismus zur mikroelektronischen, hochtechnologischen Produktionsweise. Die erneute „Wende in der Produktion“ (10), bedingt durch die „Schlüsselfunktion der elektronischen Datenverarbeitung“ (ebd.), wird dabei konkret und ohne Umschweife auf den Punkt gebracht: „Ermöglicht war diese Prozessrationalität durch die elektronisch integrierte Lagerhaltung, Automation als Kombination eines ganzen Ensembles von Rechen-, Sensor-, Mess- und Regeltechniken, die ihren Ausgang in der Kriegstechnik genommen hatten, drang sukzessive in alle Bereiche der industriellen Herstellung, des Handels und der Verwaltung vor, bis sie sich auch einen wachsenden Teil der Freizeit eroberte“ (11). Diesen Prozeß der Umwälzung aller Lebensbereiche durch die „Umwälzung der Produktivkräfte und folglich der Produktionsweise“ (25) gilt es zu verstehen, um darin Optionen für eine Demokratisierung der Weltgesellschaft auszumachen. Im Sinne des „Kom-

¹ „Wir brauchen nicht mehr Staat, sondern gute Regierungen“, Interview mit Anthony Giddens, Mitbestimmung 8/99, 56/57.

munistischen Manifests“ von Marx und Engels verweist Haug auf die Widersprüchlichkeit kapitalistischer Entwicklung: „Marx und Engels sehen ... in der Globalisierung des Kapitalismus – durch alle Verbrechen und Brutalitäten hindurch – das Werden der Bedingungen einer sich global als solchen konstituierenden Menschheit“ (31). Er weist aber auch deutlich darauf hin, daß die soziale und kulturelle Vereinigung der Menschheit lediglich „der Möglichkeit nach“ (32) besteht, daß die Zugänge zu den technologischen Ressourcen natürlich nur einer Minderheit vorbehalten bleiben soll, wenn es nach dem Willen einer neoliberalen Globalisierungspolitik ginge. Gegen diese Politik, nicht gegen die Globalisierung, setzt Haug die durch Antonio Gramsci inspirierte Idee der Zivilgesellschaft: einer möglichen Gesellschaft, deren „Geschäfte“ von den in ihr lebenden Menschen geregelt werden. Daß der Weg zu einer solchen Gesellschaft „zwischen beschönigenden Illusionismen und marktgängiger Apokalyptik“ (57) erst noch gesucht werden muß, ist eine Selbstverständlichkeit.

Am Beispiel antirassistischer Politik zeigt Haug, wie eine vermeintlich humane und herrschaftskritische Bewegung sich in Fallstricken verfängt, weil sie die ethnischen Ausgrenzungsprozesse nicht in der sozial-ökonomischen Veränderung sieht. Ausgangspunkt seiner Überlegungen zum Rassismus in europäischen Ländern sind „lagebedingte Gruppenkonflikte innerhalb der subalternen Klassen“ (131), deren reale Befürchtungen von Verlusten handeln: „Dabei geht es nicht nur um Zahlungen, sondern mehr noch um Ressourcen wie Wohnraum, öffentliche Verkehrsmittel, Krankenversorgung, Bildungschancen“ (132) und andere „in der fordistischen Phase erkämpfte korporatistische Sozialzustände“ (ebd.). Der „neue Rassismus“ bestimmt sich nun nicht dadurch, „daß er bestimmte Rassen als ‚minderwertig‘ ansieht, sondern dadurch, daß er in allen Rassen die ‚Minderwertigen‘ fallen lassen wird“ (135). So beginnt in allen Ländern ein „Jogging um die Spitzenplätze“ (ebd.), das mit der Ausgrenzung der jeweils als Leistungsunfähigen und Unfiten einhergeht. Ein Anti-Rassismus, der sich lediglich auf die Spaltung zwischen Deutschen und Nicht-Deutschen einläßt und dies anklagt, „verwechselt systematisch Symptom mit Ursache... In der Sache erreicht er das Gegenteil von dem, was er verkündet“ (144), weil er den jeweiligen Gruppen „Selbstbild, Halt und Zusammenhalt durch ein Gegenbild gibt“ (ebd.) und damit die zugrundeliegenden Ausgrenzungsprozesse nicht erkennen kann.

„Die Widersprüche sind unsere Hoffnung“, heißt es, Brecht zitierend, im ersten Kapitel. Im letzten Teil des Buchs wird die Hoffnung im Sinne der

Möglichkeiten eingreifender Veränderungspolitiken von links unter Lenins Motto „Was tun?“ in den Mittelpunkt gerückt. Haug greift hier vor allem die neuen Politikformen der Zapatistas auf (Politik per Internet, Politik der Poesie, Organisation linkspopularer Diskurse etc.), um zaghaft und vorsichtig Vorschläge für eine linke Politik in den sogenannten entwickelten Ländern zu machen. Der Schlüssel einer veränderten linken Politik liegt dabei in der Neuorganisation der Arbeit und des Sozialen. Postmodernen Diskurse um das „Ende der Arbeitsgesellschaft“ und eine neue „Bürgergesellschaft“ mit ehrenamtlichen Engagement begegnet Haug mit Überlegungen, wie der Arbeitsbegriff erweitert werden kann unter Einbeziehung jeder gesellschaftlich anerkannter Arbeit, worunter immer „eine Produktion von Gütern“ zu verstehen sei: „Güter umfassen Gesundheit und Erziehung ebenso wie eine bewohnbare Umwelt. Das Problem unter Bedingungen des Kapitalismus besteht darin, daß nicht alle Güter profitabel verkauft werden können, während alle Güter kosten“ (203). Deshalb sei der Logik des Profits eine Logik der sozialen Effektivität entgegenzusetzen.

Daß eine aktuell agierende rotgrüne Realpolitik solche Gedanken aufzunehmen nicht in der Lage ist, und wieso sie quasi automatisch in die vormals gegnerische Position einschert, erklärt Haug mit dem Bedürfnis (auch und gerade der Abweichung überdrüssiger) linker PolitikerInnen: Die Stärke einer Realpolitik „besteht darin, daß sie den Kontakt zum Alltagsverstand der Bevölkerung hält und sich um Konsens bemüht. Solange sie aber diesen Kontakt nicht nutzt für ein umfassendes alternatives Projekt, glaubt sie zu schieben und wird doch immer weiter geschoben. Denn der Status Quo ist ein Widerspruch in sich. Er war und ist immer aufs Neue das Resultat von Kräfteverhältnissen. Anpassung vermag daher den Anpassungsbedarf nie zu stillen. Die vermeintliche Realpolitik, die dem Status Quo Rechnung tragen soll, geht immer als Kraft in dessen Werden ein. Paßt sie sich an, verändert sie ihn auch schon, weil sie ein Stück Gegenkraft zurückzieht, worauf sich der Kompromißpunkt, dem sie sich angenähert hat, von ihr wieder wegverlagert, so daß das Spiel wieder von vorne beginnen kann“ (144). Eine „richtige Politik“ für eine Veränderung in Richtung auf zivilgesellschaftliche Organisation der Gesellschaft kann also nur bedeuten, Standpunkt und Kompromiß nicht zu verwechseln und „die Niederlagen zu erkämpfen“ (Brecht), um nicht ohne Kampf noch schwerer geschlagen zu werden.

Für diese Kämpfe, die uns noch bevorstehen, ist Haugs Buch eine Schatztruhe, die uns mit den Begriffen und Denkweisen versorgt, mit denen wir

Neuerscheinungen

die Unübersichtlichkeiten und verwirrenden Welt-Verhältnisse begreifen lernen können.

Klaus Weber